

Pressemappe: Universität Hohenheim

21.03.2023 | 18:44:00 | ID: 35844 | Ressort: [Ernährung](#) | [Wissenschaft & Forschung](#)

Ernährungsarmut in Deutschland: ein vernachlässigtes Problem

[Stuttgart](#) (agrar-PR) -

Am 21. März 2023 übergibt der Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) in Berlin seine neue Stellungnahme „Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen“ an den Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir. Darin analysieren die 18 Wissenschaftler*innen die Ernährungssituation von armutsgefährdeten Haushalten während der Pandemie und leiten Empfehlungen an die Politik für ähnliche Krisensituationen sowie für Probleme ab, die durch die Pandemie offensichtlicher geworden sind.

In Deutschland sind rund drei Millionen Menschen von Ernährungsarmut betroffen. Dies bedeutet, dass Menschen sich nicht gesund ernähren können und von ernährungsbezogenen Aspekten des sozialen Lebens ausgeschlossen werden. „Wir hoffen, dass unsere Stellungnahme dieses wichtige Thema stärker auf die Agenda der Nationalen Ernährungsstrategie der Bundesregierung setzt“, so Prof. Dr. Regina Birner, Universität Hohenheim und Co-Leiterin der Arbeitsgruppe des WBAE.

Während der Pandemie hat sich das Problem für armutsgefährdete Haushalte noch verschärft, da wichtige Essensangebote – wie die Kita- und Schulverpflegung und Angebote durch karitative Organisationen, wie das der Tafeln – zeitweise weggebrochen sind. Andere Länder haben hier schnellere sowie weitreichendere Maßnahmen ergriffen, um erforderliche Essensangebote weiterhin zu gewährleisten. In Deutschland wurde das Problem weitgehend vernachlässigt. Zusätzlich trifft die aktuell hohe Inflation mit gestiegenen Lebensmittelpreisen armutsgefährdete Haushalte in besonderem Maße. Ergriffene sozialpolitische Maßnahmen setzen zumeist zeitlich verzögert ein und sind wenig zielgerichtet. „Deshalb braucht Deutschland ein System zur schnellen und passgenauen Auszahlung von ‚Krisentransfers‘ an armutsgefährdete Haushalte – und zwar ohne großen Verwaltungsaufwand“, fasst Prof. Dr. Achim Spiller, Universität Göttingen und Vorsitzender des WBAE, eine Empfehlung des Beirats zusammen.

Insgesamt empfiehlt der Beirat zwei Bündel von Maßnahmen, die materielle und soziale Aspekte von Ernährungsarmut gemeinsam in den Blick nehmen. Eines umfasst Maßnahmen während einer Pandemie oder ähnlichen Krisen, um Essensangebote durch die Kita- und Schulverpflegung, die Tafeln und weitere Akteure sicherzustellen. Da durch die Pandemie das Problem der Ernährungsarmut noch offensichtlicher wurde, umfasst ein zweites Bündel Empfehlungen für grundsätzliche Maßnahmen. Eine zentrale Empfehlung bezieht sich auf das Bürgergeld. Der Regelsatz reicht nach wie vor nicht für eine gesundheitsfördernde Ernährung aus und sollte entsprechend erhöht werden.

„Darüber hinaus sollte für den zentralen Bereich der Kinderernährung ein Systemwechsel zu einer integrativen und beitragsfreien Kita- und Schulverpflegung erfolgen, die den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entspricht und gemeinsames Essen ermöglicht“, führt Prof. Dr. Britta Renner, Universität Konstanz, stellvertretende Vorsitzende des WBAE und Vize-Präsidentin der DGE, weiter aus. Die Bandbreite an Empfehlungen belegt, dass Ernährungsarmut ein Querschnittsthema ist und es deshalb eine integrative Strategie mehrerer Bundesministerien und der Länder und Kommunen erfordert.

Prof. Dr. Jakob Linseisen, Universität Augsburg, Co-Leiter der Arbeitsgruppe und ehemaliger Präsident der DGE, betont: „Unsere Analyse zeigt, dass wir grundsätzlich zu wenig über Ernährungsarmut in Deutschland wissen. Deshalb empfehlen wir, eine solide Datengrundlage zur Häufigkeit, den Ursachen und Folgen von Ernährungsarmut in Deutschland zu schaffen. Eine kontinuierliche Beschreibung (Monitoring) von materieller und sozialer Ernährungsarmut ermöglicht es, die Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen zu überprüfen und immer wieder nachzusteuern. Ernährungsarmut in einem wohlhabenden Land wie Deutschland kann weder bei Kindern noch bei Erwachsenen hingenommen werden, auch nicht in Krisensituationen.“

Download der Stellungnahme: <https://www.bmel.de/DE/ministerium/organisation/beiraete/agr-veroeffentlichungen.html>

Save the date: In einer öffentlichen Präsentation am 27. März 2023 von 11.30 Uhr bis 13 Uhr stellen die Mitglieder des WBAE unter Beteiligung des BMEL und des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen die Stellungnahme „Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen“ vor und möchten mit Ihnen diskutieren.

Zur Anmeldung: https://uni-goettingen.zoom.us/webinar/register/WN_hq0JcxpFS_K89lqEji4Vrg

Kontakt für Medien

- Prof. Dr. Regina Birner (Co-Leitung Stellungnahme), regina.birner@uni-hohenheim.de
- Prof. Dr. Jakob Linseisen (Co-Leitung Stellungnahme), jakob.linseisen@med.uni-augsburg.de
- Prof. Dr. Achim Spiller (Vorsitzender des Beirats), a.spiller@agr.uni-goettingen.de
- Prof. Dr. Britta Renner (stellvertretende Vorsitzende des Beirats), britta.renner@uni-konstanz.de
- Dr. Sarah Iweala (Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Beirats), sarah.iweala@uni-goettingen.de

Pressekontakt

Herr Florian Klebs

Telefon: 0711 - 45922003 Fax: 0711 - 45923289 E-Mail: presse@uni-hohenheim.de



[Universität Hohenheim](http://www.uni-hohenheim.de)

Hohenheim 70593 Stuttgart Deutschland

Telefon: +49 0711 4590 Fax: +49 0711 45923960

E-Mail: post@uni-hohenheim.de Web: www.uni-hohenheim.de >>> [Pressefach](#)